

Birgit Sippel

für Südwestfalen & NRW im Europäischen Parlament



birgitsippel.de

NEWSLETTER

Themen der Plenarwoche Montag, 12. – Donnerstag, 15.06.2023

Erstes KI-Gesetz - Grundrechte schützen, Chancen nutzen

Verordnung; erste Lesung, Debatte am Dienstag, 13. Juni 2023, ab 13 Uhr; Abstimmung am Mittwoch, 14. Juni, 12 bis 13 Uhr

Der Einsatz künstlicher Intelligenz dringt mit zunehmender Geschwindigkeit in immer mehr Lebensbereiche vor. Doch um sicherzustellen, dass die Entwicklung und der Einsatz von KI Grundrechte respektiert und Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt werden, muss ein menschenzentrierter Ansatz bei der Regulierung im Vordergrund stehen. Durch das Gesetz sollen KI-Systeme in Risikokategorien unterteilt und deren Nutzung bei einem untragbaren Risiko verboten oder durch Transparenzpflichten zum Schutz der Grundrechte begrenzt werden. Diese Verordnung wäre das erste ausschließliche Gesetz zur Regulierung von künstlicher Intelligenz, das somit eine weltweite Vorbildfunktion einnehmen könnte. Somit können auch die Risiken neuer Technologien, wie etwa ChatGPT, welche uns mit bisher unbekanntem Fragestellungen konfrontieren, frühestmöglich eingedämmt werden.

Nachdem die federführenden Ausschüsse für Inneres und für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Mai über die Parlamentsposition abgestimmt haben, soll das Plenum diese während der Juni-Sitzung final annehmen. Anschließend können die Verhandlungen mit dem Rat beginnen.

e-evidence - Paradigmenwechsel bei der Ermittlung von Straftaten

Verordnung und Richtlinie; erste Lesung, Debatte am Montag, 12. Juni 2023, ab voraussichtlich 17.30 Uhr; Abstimmung am Dienstag, 13. Juni, 12 Uhr bis 13 Uhr

Die Zahl der online vorbereiteten oder begangenen Straftaten wächst. Elektronische Beweismittel – sogenannte e-evidence – spielen daher eine immer wichtigere Rolle für die Ermittlungsbehörden. Der grenzüberschreitende Zugriff auf diese Beweismittel ist bisher allerdings langwierig, sodass Daten oft bereits gelöscht wurden, bevor die Strafverfolgung beginnen kann. Das e-evidence Instrument wird es nationalen Ermittlungsbehörden erstmals ermöglichen, Service-Provider in anderen EU-Mitgliedstaaten direkt zur Herausgabe oder Sicherung elektronischer Beweismittel aufzufordern. Mit klaren Fristen und EU-weit einheitlichen Regeln.

Da das Strafrecht innerhalb der EU jedoch nur teilweise harmonisiert ist, birgt die direkte Zusammenarbeit aber auch Risiken. Als Parlament haben wir mit Erfolg die Wahrung von Grundrechten sichergestellt: Bei Anordnungen zur Herausgabe besonders sensibler Daten – Verkehrs- und Inhaltsdaten – muss künftig auch der Mitgliedstaat, in dem der Service-Provider sitzt, zeitgleich über die Anordnung informiert beziehungsweise ‚notifiziert‘ werden und kann die Anordnung verweigern; beispielsweise, wenn die Herausgabe der Daten eine Verletzung der Pressefreiheit oder Grundrechte bedeuten würde oder die Tat im Land des Anbieters keine Straftat ist. Darüber hinaus wurde das Paket auf Druck des Parlaments an geltendes EU-Datenschutzrecht angepasst. Um gefälschte Anordnungen zu verhindern und sicherzustellen, dass die teils hochsensiblen Daten sicher übermittelt werden, wird eine speziell für dieses Instrument entwickelte IT-Plattform eingeführt.

Neue Batterie-Regeln – Akkus müssen austauschbar werden

Verordnung; finale Abstimmung über das Trilog-Ergebnis am Dienstag, 13. Juni 2023, voraussichtlich, ab 12 Uhr.

Derzeit sind viele Akkus so in Handys verbaut, dass Verbraucher*innen sie nicht ersetzen können. Das soll sich mit dieser Verordnung gesetzlich ändern. Dadurch können Reparaturkosten für Smartphones oder Laptops verringert, Reparaturen attraktiver als der Neukauf werden. Batterien sind eine Schlüsseltechnologie, um nachhaltiger Mobilität zu fördern und erneuerbare Energien zu speichern. Die Nachfrage nach Akkus und Batterien steigt mit zunehmender E-Mobilität und der Nutzung portabler Geräten weiter an. Derzeit werden laut EU-Kommission jährlich etwa 800.000 Tonnen Autobatterien, 190.000 Tonnen Industriebatterien und 160.000 Tonnen Verbraucherbatterien in die EU importiert. Jedoch werden zahlreiche Batterien am Ende ihrer Lebensdauer bisher nicht gesammelt und recycelt, was Ressourcen verschwendet und gefährliche Stoffe freisetzt.

Die neuen Vereinbarungen können wesentlich zur Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft beitragen, indem sie Batterien während ihres gesamten Lebenszyklus regulieren. Die Verordnung enthält Anforderungen sowohl an die ökologische als auch an die soziale Nachhaltigkeit (Sorgfaltspflicht) von Batterien. So wurden beispielsweise die Ziele für die stoffliche Verwertung von Lithium, die im Kommissionsvorschlag noch 35 Prozent im Jahr 2026 und 70 Prozent im Jahr 2030 betragen, in der endgültigen Vereinbarung auf 50 Prozent Ende 2027 und 80 Prozent Ende 2031 erhöht.

Stimmt das EU-Parlament der Verordnung am Dienstag zu, tritt sie am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union schrittweise, wie im Gesetzestext beschrieben, in Kraft.

Wasserkrise in Europa

Debatte am Mittwoch, 14. Juni 2023 ab 13 Uhr.

Nach der Dürre im letzten Sommer sind auch in diesem Frühjahr wieder Niederschlagsdefizite und fallende Pegelstände in Teilen von Frankreich, Italien und Spanien ein frühes Alarmzeichen. Wir brauchen daher eine konzertierte Aktion der Mitgliedsstaaten und der Kommission, um in den betroffenen Gebieten Nothilfe zu leisten, aber auch, um wassersparende Praktiken zur Norm zu machen und die eigentliche Ursache, die immer schneller voranschreitende Klimakrise konsequent, zu bekämpfen.

Um unsere natürlichen Lebensräume in Europa in Zukunft besser zu schützen, brauchen wir weitere Fortschritte beim Green Deal. So zum Beispiel beim Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Engl.: Nature Restoration Law).

Spitzel-Software Pegasus – Konsequenzen aus der Handy-Spionage

Initiativbericht; Debatte, Mittwoch, 14. Juni 2023, 13 Uhr; Abstimmung Donnerstag, 15. Juni 2023, 12 Uhr bis 14 Uhr.

Länger als ein Jahr durchleuchteten die Abgeordneten im entsprechenden Untersuchungsausschuss den Einsatz von Pegasus und ähnlicher Spähsoftware. Die Ergebnisse waren erschreckend: Der flächendeckende Einsatz in der EU macht auch vor Journalist*innen, Anwalt*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen nicht Halt. Zu den Nutzern gehören die konservativen Regierungen Griechenlands, Polens und Ungarns. Sie verwenden Software um politische Gegner auszuspähen, was nicht mit der europäischen Grundrechtecharta vereinbar ist. Im kommenden Juni-Plenum will sich das EU-Parlament auf Konsequenzen einigen.

Die Mitgliedstaaten verteidigten die Nutzung der Software oftmals mit dem schwammigen Begriff der "nationalen Sicherheit" und ließen mit Berufung auf Geheimdienstinformation keine demokratische Kontrolle zu. Überwachungssoftware wie Pegasus haben sehr weitgehende Befugnisse und sind bisher überwiegend unreguliert. Deswegen haben die Abgeordneten neben einem Abschlussbericht der Untersuchungen auch konkrete Vorschläge entwickelt, wie Pegasus und ähnliche Überwachungs- und Spähsoftware reguliert werden soll. Die vorgeschlagenen Empfehlungen sehen klare Regeln vor, um die nationale Sicherheit als Begründung für die Überwachung zu beschränken sowie eine ordnungsgemäße gerichtliche und eine effektive parlamentarische Kontrolle zu gewährleisten.

Stimmt die Mehrheit für den Bericht, erhöht das den Druck auf die Kommission, entsprechende Gesetzgebung vorzulegen.

Armut und globale Ungleichheit bekämpfen – UN-Nachhaltigkeitsziele vorantreiben

Initiativbericht, Debatte am Mittwoch, 14. Juni 2023, ab 13 Uhr; Abstimmung am Donnerstag, 15. Juni, 12 Uhr bis 14 Uhr.

Grassierender Hunger und untragbare Schuldenlast in den Ländern des Globalen Südens - wie können immer weiterwachsende globale Ungleichheiten überwunden werden, die Hunderte von Millionen Menschenleben gefährden? 2015 beschlossen 193 Länder die UN Agenda 2030 und einigten sich auf 17 Nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs). Sie verpflichten sich, Armut zu beenden, den Planeten zu schützen sowie auf Frieden und Wohlstand für alle Menschen weltweit hinarbeiten. In einem Halbzeitbericht zieht das Europäische Parlament eine kritische Bilanz und zeigt klare Handlungsalternativen auf. Es bestehen eklatante Finanzierungslücken, um die Ziele zu erreichen. Bereits erreichtes droht durch Krieg und Pandemie zu nichte gemacht zu werden. Es braucht dringend neuen Schwung, damit die Ziellinie erreicht werden kann. Der Bericht bildet die Grundlage der Arbeit für die politischen Aktivitäten des Europaparlaments beim High-Level Political Forum der UN in New York vom 5. - 15. Juli.

Kontakt: Europabüro Birgit Sippel MdEP
59494 Soest; Ulricherstraße 27

Mail: europa@birgit-sippel.de
Tel.: 02921/5991750